

NATO-Rückzug aus Afghanistan

Bilanz nach fast 20 Jahren NATO-Krieg

Nachdem sie die Entscheidung Washingtons, die US-Truppen bis spätestens 11. September 2021 aus Afghanistan abzuziehen, unter Zugzwang setzte, haben auch die Bundeswehr und die anderen NATO-Partner ihren Rückzug begonnen. Die noch knapp 10.000 NATO-Soldat*innen lassen ihr Einsatzgebiet in einem katastrophalen Zustand zurück.

Mission erfüllt?

Die deutsche Regierung hatte gehofft, der neue US-Präsident Joe Biden würde den Abzugsbeschluss seines Vorgängers ignorieren und den Kriegseinsatz fortführen. Ein eiliger Abzug sei „fatal“, so Außenminister Heiko Maas, und würde all das gefährden, „was wir in den letzten Jahren erreicht haben.“ Ähnlich kommentierten auch viele Medien das erzwungene Ende des bisher längsten und blutigsten Bundeswehreininsatzes. Die Frage der Legalität des Krieges am Hindukusch wird nicht einmal gestreift. Da Afghanistan niemanden angegriffen hatte, war die Invasion, die die USA im Oktober 2001 zum Sturz des Taliban-Regimes begannen, jedoch eindeutig eine völkerrechtswidrige Aggression. Beweise dafür, dass die Anschläge vom 11. September von Afghanistan aus organisiert worden waren, blieb Washington schuldig – eine Auslieferung des als Drahtzieher beschuldigten Osama bin Laden wurde gar nicht erst beantragt.

Tatsächlich sind die NATO-Staaten in Afghanistan schon längst gescheitert. Der Rückzug bedeutet nur das Eingeständnis der Niederlage, das viele noch gerne hi-

nausgezögert hätten. Die Taliban kontrollieren schon lange wieder über die Hälfte des Landes und setzen ihren Gegnern im übrigen Teil mächtig zu. Die vom Großteil der Bevölkerung als Besatzer wahrgenommenen NATO-Truppen sind daher überwiegend mit ihrem Selbstschutz beschäftigt und bleiben in ihren Camps. Für jeden deutschen Ausbilder von afghanischen Rekruten müssen beispielsweise, wie die FAZ berichtete, mittlerweile drei, vier Leibwächter abgestellt werden, die verhindern, „dass die Schüler die Instrukteure ermorden.“ Offizielles Ziel des Krieges war es, das Dschihadisten-Netzwerk Al-Qaeda zu zerschlagen, das erstarkte, als die USA ab 1982 mit der Rekrutierung islamistischer Kämpfer gegen die sowjetischen Truppen im Land und die linke Regierung, die sie stützten, begannen. Tatsächlich hat sich infolge der Besatzung und des von hier bis Afrika ausgeweiteten „Krieges gegen den Terror“ die Zahl militanter islamistischer Organisationen und Kämpfer vervielfacht. Der IS operiert mittlerweile auch in afghanischen Gebieten.

Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer sieht das Ziel der deutschen Kriegsbeteiligung dennoch erreicht. So habe sich u.a. die Bundeswehr im Kampf bewährt. In diesem Punkt dürften ihr alle, die eine stärkere militärische Rolle Deutschlands anstreben, zustimmen. Deutsche Militäreinsätze im Ausland wurden seither wieder Normalität und mehr als 150.000 deutsche Soldaten haben in Afghanistan nach jahrzehntelanger Zurückhaltung wieder praktische Erfahrung sammeln können.

Horrende Kosten

Die Gesamtkosten des Krieges belaufen sich nach Berechnungen des „Costs of War Project“ an der Brown University in Boston allein für die USA auf 2.261 Milliarden US-Dollar. Neben den offiziell bereitgestellten 933 Milliarden US-Dollar enthalten sie weitere kriegsbedingte staatliche Ausgaben und die bisherigen Versorgungskosten für Verwundete, Kriegsversehrte und Veteranen. Analoge Berechnungen für Deutschland gibt es leider nicht. Die im Verhältnis dazu bescheiden klingenden 12,5 Milliarden Euro, die offiziell für den bisher blutigsten deutschen Militäreinsatz ausgegeben wurden, stellen sicherlich ebenfalls nur ein Bruchteil der Gesamtkosten dar. Das „Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung“ schätzte die gesamten Kosten für die ersten zehn Jahre Krieg bereits im Mai 2010 auf 18 bis 33 Milliarden Euro.

Zu den Kriegskosten kommen Dutzende Milliarden, die in den Wiederaufbau des Landes flossen, hauptsächlich in den Aufbau neuer staatlicher Strukturen, der Armee und der Sicherheitskräfte. Ein beträchtlicher Teil davon ist spurlos versickert. Die verbliebenen Milliarden befeuert, wie der Afghanistan-Experte Thomas Ruttig im Tagesspiegel erläuterte, „eine Warlord-Kaste, die die Hilfgelder aufsaugte und unter den Augen des NATO-Militärs mit Bestechung und Waffengewalt die neuen, demokratischen Institutionen kaperte.“ Das „Ergebnis des US/NATO-geführten Afghanistan-Einsatzes“ sei eine „korrupte und kleptokratische Regierung in Kabul“, die auf tönernen Füßen stehe.



DIE NGO „WAR CHILD“ KÜMMERT SICH UM MINDERJÄHRIGE GEFLÜCHTETE, DIE AUS DEM IRAN ZURÜCK NACH AFGHANISTAN ABGESCHOBEN WURDEN (NIMRUS, 11/2019).

Foto: © Kiama Hayeri

Unzählige Opfer

Erschütternd sind die humanitären „Kosten“. In Afghanistan wurden keine repräsentativen Studien wie im Irak durchgeführt, mit denen man die Gesamtzahl der Opfer abschätzen könnte. Dem „Costs of War Project“ zufolge, das sich auf registrierte Todesfälle stützt, starben in Afghanistan und Pakistan mindestens 238.000 Menschen in direkter Folge von Kriegshandlungen, über 71.000 davon Zivilist*innen. Nach der Analyse in der IPPNW-Studie „Body Count“ ist die tatsächliche Zahl der zivilen Opfer vermutlich fünf- bis achtmal so hoch. Hinzu kommt eine noch weit höhere Zahl von Verwundeten und Millionen von Geflüchteten und Vertriebenen.

Von Demokratie, Menschenrechten und den sonstigen hehren humanitären Zielen, mit denen die ständige Fortsetzung des Krieges gerechtfertigt wurde, ist hingegen nichts zu sehen. Die Lebensverhältnisse der Bevölkerung haben sich sogar verschlechtert. 2017 lag der Bevölkerungsanteil der unter der Armutsschwelle lebt, mit 54,5 Prozent auf dem Niveau vor dem Sturz der Talibanherrschaft und ist seither noch gestiegen. Die Covid-19-Krise verschärft die Situation noch. Hilfsorganisationen zufolge sind 13 Millionen Afghan*innen akut von Hunger bedroht.

Abschiebungen ins Kriegsgebiet

Seit 2019 stuft das „Institute for Economics and Peace“ Afghanistan als den unsichersten Staat weltweit ein. Das deutsche Generalkonsulat in Masar-i-Sharif

arbeitet seit einem Anschlag im Jahr 2016 ausschließlich innerhalb des dortigen deutschen Militärlagers. Die deutsche Botschaft hält nach der Zerstörung ihres Gebäudes im Mai 2017 nur noch einen Notbetrieb in Containern aufrecht, die auf dem stark gesicherten Gelände der amerikanischen Botschaft stehen. All dies hält die Bundesregierung jedoch nicht davon ab, das kriegszerrüttete Land als sicher genug für die Rückführung von Geflüchteten zu erklären und Sammelabschiebungen durchführen zu lassen. Von März bis November waren sie zwar aufgrund der Pandemie ausgesetzt worden, wenn auch erst auf Bitten der afghanischen Regierung. Sie wurden aber am 16. Dezember 2020 wieder aufgenommen, genau an dem Tag, an dem hierzulande der harte Lockdown begann.

Mehr Sicherheit ohne USA und NATO

Da in den vergangenen Jahren die Kämpfe zwischen den USA und den Taliban das größte Sicherheitsrisiko waren, wird das Land aus Sicht von Reinhard Erös, ehemaliger Oberstarzt und langjähriger Entwicklungshelfer in Afghanistan, durch den Abzug sicherer werden, zumindest in den Regionen, die er kennt. Seine „Kinderhilfe Afghanistan“ betreibt seit 2002 im Osten des Landes, in den Hochburgen der Taliban Krankenhäuser, Waisenhäuser und Schulen. Indem sie alle Projekte mit den religiösen Autoritäten und damit in gewisser Weise mit den Taliban abgesprochen hatten, konnten sie sie in den fast 20 Jahren ungestört durchführen. Erös plädiert sehr dafür, mit den Taliban-Strukturen zu

reden, allein schon deshalb, weil diese nun mal an der Macht seien. Zudem gebe es inzwischen eine „neue Generation der Taliban“ und sei der Wandel durch die zunehmende Nutzung der elektronischen Informationsmedien rasant. Strikte islamistische Regeln, wie z.B., dass Frauen sich nicht außerhalb des eigenen Hauses aufhalten und keinen Beruf ausüben dürfen, hätten sich gelockert. Heute gingen auch unter den Taliban 60 Prozent der Mädchen zur Schule. Von Afghanistan gehe keine Bedrohung für westliche Länder aus und solange das so sei, solle man sich in innere Machtfragen des Landes nicht einmischen.

Eine solche Zurückhaltung ist allerdings von den westlichen Mächten kaum zu erwarten. Ein Bericht der New York Times deutet daraufhin, dass die USA nun zu einer anderen Form der Kriegsführung übergehen könnten, einem Krieg aus der Ferne, mit Kampfjets und Drohnen sowie verdeckten Spezialeinheiten am Boden. Sie würden nicht verhindern können, dass die Taliban ihre Kontrolle über das Land ausweiten, aber im Zusammenspiel mit den verbündeten Warlords den innerafghanischen Krieg verschärfen und verlängern.

Joachim Guilliard ist Friedensaktivist und freiberuflicher Autor mit dem Schwerpunkt Naher und Mittlerer Osten.

